

«WIR SOLLTEN UNS NICHTS VORMACHEN»

(Wolfram Schaffar im Interview mit «maldekstra»)

AUFSTIEG DES GLOBALEN AUTORITARISMUS:

- 19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten
(Von Mario Candeias)

19

„Wir sollten uns nichts vormachen“

(Wolfram Schaffar im Interview mit «maldekstra» über autoritäre Entwicklungen, die Krise der Demokratie und den Zusammenhang von kritischer Analyse und politischer Veränderung)

«Im Fall der Fälle müssen die demokratischen Institutionen, die es gibt, verteidigt werden. Dafür braucht es dann eine nüchterne Abwägung, welche kurzfristigen strategischen Allianzen zu schmieden sind. Eine schwierige Balance.»

- Dr. Wolfram Schaffar

Wolfram Schaffar ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich vor allem mit den Themen Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozesse, soziale Bewegungen, alternative Entwicklungskonzepte, Internet und soziale Medien. Er ist zur Zeit Fellow am [International Institute for Asian Studies \(IIAS\)](#) in Leiden, Niederlande. Außerdem ist er immer wieder im Ausland für Forschung und als Gastdozent tätig. Seit 2016 ist Wolfram Schaffar Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mit ihm sprach Tom Strohschneider für [maldekstra #4](#).

maldekstra: Schwerpunkte Ihrer wissenschaftlichen Arbeit waren bisher Länder in Südostasien wie Thailand und Myanmar oder China, auch haben Sie längere Zeit als Professor in Österreich gelehrt. Schaut man sich die genannten Staaten an, sind wir schon mitten im Thema: Es gibt dort mehr oder weniger deutlich autoritäre Entwicklungen.

Wolfram Schaffar: Das ist richtig, auch wenn man die Unterschiede nicht verwischen kann. Aber um beim Beispiel Thailand zu bleiben: 1997 war man doch noch ganz euphorisch, als die «Verfassung des Volkes» in Kraft trat. Inzwischen sind wir dort mit einem autoritären Regime konfrontiert, bei dem – bei aller Vorsicht – der Begriff «Faschismus» angebracht ist. Wenn ich dann heute frühere Kolleg*innen von dort im Exil, etwa in Paris, treffe, bekommt das auch eine persönliche Dimension, die mir nahegeht. Nach zwei, drei Jahren im Exil sind die Leute oft gebrochen.

Autoritarismus, Nationalismus, Postdemokratie, Entdemokratisierung, Illiberalisierung – es kursiert eine Vielzahl von Begriffen, um die zunehmenden politischen Krisen weltweit zu beschreiben. Welchem geben Sie den Vorzug bei der Analyse?

Es gibt keinen analytisch exakt passenden Begriff. Die Situation, über die wir hier sprechen, ist eine, die von ganz unterschiedlichen Entwicklungen geprägt ist. Wenn man diesen Unterschieden wissenschaftlich gerecht werden wollte, müsste man versuchen, der überall sichtbaren Krise der Demokratie mit einem ganzen Korb analytischer Kategorien beizukommen. Das führt aber zu einer Situation, die einen politisch eher lähmt, weil man zu Aussagen kommt wie: Die Welt ist komplex. Für ein kritisches Denken, das auch zur Veränderung der Verhältnisse befähigen soll, ist das ein Problem.

Wie war das in den 1920er und 1930er Jahren?

Damals wurden unter anderem die Begriffe «Bonapartismus» und «Faschismus» geprägt, um autoritäre Dynamiken zu beschreiben. Das Regime von Louis Bonaparte lag aber 60, 70 Jahre zurück und «Faschist» war seinerzeit eine Selbstbeschreibung italienischer rechter Kampfverbände, der «Fasci di Combattimento». Was uns heute

als wohl definierte analytische Kategorien erscheint, geht also zurück auf anachronistische und unbeholfene Begriffe, mit denen man damals gerungen hat, um eine Radikalisierung zu beschreiben, die sich den Vorstellungen von der erwartbaren politischen Entwicklung entzog.

Es waren also eher politische denn wissenschaftliche Begriffe.

Damals dienten Kategorien wie «Faschismus» dazu, die unerwartete Wende in der Weltgeschichte fassbar zu machen und gleichzeitig Gegenkräfte zu mobilisieren. Wenn man das auf heute bezieht, geht es also auch eher darum, einen Begriff zu prägen, der zum politischen Handeln befähigt, also mobilisierungs- und strategietauglich ist.

Das politische Handeln, von dem Sie sprechen, hat mindestens einen Bezugspunkt: Es soll verhindern, dass etwas in Gefahr gerät, verschwindet, zurückgeht. In unserem Fall ist das die Demokratie, aber auch hier stellt sich ja gleich die Frage: Was für einen Begriff haben wir davon, welchen haben andere?

Im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung spielt die kritische Debatte über Demokratie eine wichtige Rolle. Kolleg*innen wie Alex Demirović, Mario Candeias, Fritz Burschel, Sonja Buckel oder David Salomon haben sehr differenzierte Analysen der Demokratie vorgelegt: Auf der einen Seite als eine bürgerliche Herrschaftsform, die sich der Durchsetzung des Kapitalismus verdankt, die aber auf der anderen Seite nicht bloß ein kapitalistisches Herrschaftssystem darstellt. Demokratie ist die einzige Form, in der Interessenausgleiche innerhalb des Kapitalismus möglich sind, innerhalb von und zwischen den Klassen. Die Frage ist: Wie kann man – vor dem Hintergrund dieser Kritik – über eine (neo-)liberale Form der Demokratie hinausgehen, ohne das progressive Potenzial, die erreichten Formen eines libera-

len, Menschenrechte akzeptierenden Systems aus den Augen zu verlieren?

Man hat sozusagen zwei Fronten.

Ja, einerseits stimmt immer noch die Kritik an der real existierenden Demokratie: Sie wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, und das hat etwas mit den ökonomischen Verhältnissen zu tun, denen sie wiederum ihre Existenz verdankt. Die Aushöhlung der Demokratie beginnt im Augenblick ihrer Durchsetzung, das hat schon Johannes Agnoli in seiner «Transformation der Demokratie» in den 1960er Jahren beschrieben. Es gibt eine eingeschriebene Tendenz der Erstarrung zu einem bloß noch formalen, liberal aussehenden System. Gleichzeitig wäre es falsch, zu sagen: Deshalb brauchen wir Demokratie nicht. Das wäre die andere Front. Man kann die ausgehöhlte Demokratie nicht kritiklos verteidigen. Andererseits kann man deren Abbau nicht wünschen.

Colin Crouch, der den Begriff «Postdemokratie» geprägt hat, zeichnet ein beinahe hoffnungsloses Bild: Wir stehen am Ende einer Entwicklung, die er wie eine Kurve beschreibt – von den Anfängen der Demokratie in der Antike über den Höhepunkt der Entwicklung, den «Augenblick der Demokratie» in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, bis heute, wo am anderen Ende der Parabel die Postdemokratie steht.

Ich teile die Einschätzung nicht, das Bild der Parabel suggeriert den Abschluss einer Entwicklung. Wenn wir mit der Demokratie aber schon am Ende wären, müssten wir gar nicht mehr über ihre Rettung, ihre Weiterentwicklung, ihre Vertiefung sprechen. Mir scheint es sinnvoller, wie von Demirović vorgeschlagen, von einer zyklischen Entwicklung auszugehen, wobei die Momente von Krise oder Erneuerung

erung mit der politischen Ökonomie verwoben sind. Die Erneuerung muss immer wieder stattfinden, damit überhaupt ein neuer Akkumulationszyklus beginnen kann. In dem bildet dann eine neue Entwicklungsstufe der Demokratie auch wieder die Kampfarena zwischen den Klassen, die Voraussetzungen für Kompromisse.

Liegt darin nicht die Gefahr einer allzu deterministischen Sicht: Kapitalistische Krise führt zu Krise der Demokratie?

Nein, das wäre aber auch ein falsches Verständnis von dem Zusammenhang. Es ist nicht so, dass, wenn eine Wirtschaftskrise kommt, automatisch Demokratie abgebaut wird. Der Zusammenhang ist komplexer, widersprüchlicher: Die Ausweitung der Demokratie folgt der Notwendigkeit, dass man im Kapitalismus Kompromisse zwischen divergierenden Interessengruppen und gesellschaftlichen Klassen finden muss. Dazu dient zum Beispiel ein Parlament – aber nur dann, wenn dort die Interessen der Subalternen auch glaubhaft vertreten werden. Wenn sich aber nun die Subalternen erfolgreich organisieren und tatsächlich auf das Recht pochen, gefragt zu werden, mitzubestimmen, kann es für die herrschenden Klassen schnell gefährlich werden: Die Subalternen sind ja zahlenmäßig in der Mehrheit und können verlangen, materiell stärker beteiligt zu werden. Das führt auf der anderen Seite zu Gegenbewegungen, die immer wieder auch, aber eben nicht zwangsläufig, auf autoritäre Lösungen setzen. Natürlich kann man in ökonomischen Wachstumsphasen auch von Kapitaleseite aus freigiebiger Kompromisse eingehen, in der Phase des Fordismus hat man das gesehen. Umgekehrt gibt es aber auch keinen Automatismus, laut dem es demokratischer wird, wenn es wirtschaftlich besser geht.

Demokratie ist immer auch eine Frage der Bewegungen, die sich ihre Durchsetzung, ihre Ausweitung auf die Fahnen geschrieben

haben. Das scheint mir im Bild von Crouchs Parabel unterzugehen. Es hat immer Demokratisierungsschübe gegeben, oft auch unabhängig von ökonomischen Krisenlagen.

Ja, das stimmt. In Thailand zum Beispiel, wo Menschen gegenwärtig bei kleinster Kritik an den Regierenden 15 Jahre und länger ins Gefängnis geworfen werden oder einfach «verschwinden», dort tauchte auf dem Höhepunkt der Unterdrückung ein Musik-Video auf: «Rap against dictatorship», das sich rasend über die sozialen Medien verbreitete und die Militärregierung eiskalt erwischt hat – wie der Sound eines neuen möglichen Schubs der Demokratisierung. Nur ökonomisch ausgerichtete Erklärungen greifen hier zu kurz. Menschen streben offenbar auch in einer ganz idealistischen Form nach Freiheit, das Bedürfnis, nicht zugerichtet und «nicht dermaßen regiert zu werden», wie Michel Foucault das beschrieben hat, speist sich auch aus etwas ganz Unökonomischem. Dass diese Frage in vielen kritischen Analysen nicht systematisch behandelt wird, hat sicher auch etwas damit zu tun, dass der Begriff der Freiheit «von der anderen Seite» okkupiert ist.

Der schon angesprochene Johannes Agnoli hat von der «Involution» der Demokratie gesprochen – diese sei gekennzeichnet dadurch, «dass sie sich nicht gegen die alten Verfassungsnormen und -formen durchsetzen will, sondern tendenziell sich ihrer zu bedienen versucht». Das klingt sehr nach heutigen Mustern: Die Autoritären kommen heute durch Wahlen zur Macht, sozusagen «demokratisch» – seltener als Militärdiktaturen oder im Ausnahmezustand. Was sagt das über die mögliche Entwicklung aus?

Dieser Befund gilt wohl eher für die OECD-Welt, weniger für den globalen Süden. Aber auch in Europa wäre ich vorsichtig, das zu verallgemeinern und zu denken, dass ein Rückfall in die Barbarei wie in

den 1930er Jahren ausgeschlossen wäre. Es ist ja trivial, zu sagen, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Wenn aber die geschichtliche Entwicklung prinzipiell offen ist, dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass es auch wieder zu einer Radikalisierung der autoritären Regime kommen kann, mit schlimmsten Auswüchsen, von denen wir heute noch keine Vorstellung haben. Wir denken ja, dass die Menschheit doch aus Auschwitz gelernt hat, lernen musste. Aber was, wenn nicht? Otto Bauer und August Thalheimer, die schon in den 1920er Jahren über den Faschismus geschrieben haben – also vor dessen Durchmarsch –, hatten ein zentrales Anliegen: Sie wollten davor warnen, die Entwicklungen und die zunächst womöglich lächerlich wirkenden Führer in Italien und Deutschland nicht ernst zu nehmen. Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir auf Donald Trump schauen und denken: Es kann doch nicht wahr sein, dass diese Karikatur von Politiker überhaupt gewählt wird und sich im Amt hält. Aber wir sollten uns immer die Frage stellen: Was, wenn sich hinter diesem Phänomen etwas verbirgt, das wir einfach noch nicht verstehen?

Haben Sie eine Antwort?

Da komme ich noch einmal auf Colin Crouch zurück, denn sein Bild der Parabel der Demokratie stellt diese Frage ja auch: Sind wir womöglich an einem Punkt, an dem unsere bisherigen Annahmen über mögliche Zukünfte nicht mehr zutreffen, weil sich die Voraussetzungen, aus denen Entwicklungen entspringen, radikal verändert haben? Welche Bedeutung hat der Aufstieg Chinas mit seinem neuen Modus kapitalistischer Entwicklung? Was bedeutet die Ausbreitung des Internets, der sozialen Medien für Demokratien? Was heißt es, wenn wir von der planetaren Krise der Ökologie, des Klimas und der Ressourcen aus denken, die einem ökonomischen Wachstum Grenzen

setzt und damit auch den Möglichkeiten, soziale Integration durch Umverteilung zu schaffen? Vielleicht haben wir für diese epochale Situation noch gar keinen Begriff.

Wodurch kennzeichnet sich das Neue noch?

Wir haben es einerseits mit einem autoritären Neoliberalismus zu tun, der vor allem auf EU-Ebene immer weiter voranschreitet. Die Wirtschaftspolitik und die Austeritätsregeln werden von demokratisch kaum legitimierten Gremien in Verträgen festgeschrieben und im Zweifelsfall – wie in Griechenland – sehr autoritär auch gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchgesetzt. Dieser europäische Konstitutionalismus legitimiert sich aber unter anderem dadurch, dass gleichzeitig Freiheitsrechte und Antidiskriminierungsrichtlinien festgeschrieben werden. Andererseits beobachten wir populistische Bewegungen, zum Beispiel in Ungarn und Polen, die Zustimmung dadurch erhalten, dass sie sich verbal gegen die Folgen dieses Neoliberalismus wenden. Dies geht aber mit rechten, nationalistischen, ausgrenzenden Ideologien einher, die sich zum Beispiel gegen die europäisch verbrieften Antidiskriminierungsrichtlinien richten.

Wenn es um autoritäre Entwicklungen geht, werden heute meist zuerst China und Russland genannt. Da steckt viel Wahrheit drin, aber es ist auch das Ergebnis einer neuen Auseinandersetzung um globale Hegemonie. Scheint da eine neue Blockkonfrontation auf?

Um bei diesem Begriff gleich einzuhaken: Wer wäre denn dann der demokratische Block? Lange Zeit haben sich die USA und Europa so stilisiert, aber das ist immer schon und zu Recht kritisiert worden. Man sollte bei der Analyse genauer hinsehen, dann rückt in den

Blick, dass wir es mit verschiedenen autoritären Spielarten in unterschiedlicher Form zu tun haben, zwischen denen es jedoch auch einen Austausch gibt. Seit März bezeichnet die Europäische Union China offiziell als einen Systemrivalen, und natürlich gibt es zwischen dem autoritären Konstitutionalismus der EU und China riesige Unterschiede. Aber die Logik des Sozialkredit-Systems, das gerade in China eingeführt wird und Bürger einer fast totalitären datenbasierten Bewertung unterzieht, die Wohlverhalten belohnt und Abweichung bestraft, ist auch anderswo bekannt – etwa wenn Kreditwürdigkeit mit intransparenten Methoden und Algorithmen geprüft wird, wenn datenbasiert ins Konsumverhalten eingegriffen wird, wenn per massenhafter Videoüberwachung alle zu potenziellen Gefahren erklärt werden. China ist da gar nicht so weit weg. Da wären nur kleine Schritte nötig. Das sollte man im Kopf behalten.

Welche Rolle spielt technologische Entwicklung für autoritäre Regime heute?

Eine große. Man kann das für alle Staaten durchgehen, in denen sich diese Entwicklung heute vollzieht. Die Konsolidierung autoritärer Regime wird über das Internet ermöglicht: Wahlbeeinflussung und die Relativierung von Wissen etwa durch «alternative Wahrheiten», Kontrolle und Überwachung, Mobilisierung und Emotionalisierung, systematisches Herstellen herrschaftskonformer Öffentlichkeiten durch gelenkte Medien und so weiter.

Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil wir das Internet noch vor wenigen Jahren als große Demokratiemaschine betrachtet haben.

Richtig, aber wir sollten uns davor hüten, einer «liberalen» Lesart zu folgen, nach der das Internet als per se gut und demokratiefördernd

betrachtet wird, jetzt aber von bösen staatlichen, autoritären Akteur*innen manipuliert und okkupiert wird. Vielmehr müsste man genauer hinschauen: Was von dem, was autoritäre Akteure nun für sich nutzen, ist zum Beispiel in der politischen Ökonomie des Internets angelegt? Manche Internet-Trolle sind einfach prekäre Arbeiter*innen, für die das Posten von «Fake News» eine Einkommensquelle ist, weil sie dadurch hohe Abonnentenzahlen für ihren YouTube-Kanal oder ihre Homepage erreichen und über Google Ad-Sense Werbeeinnahmen generieren können. Dem kommt man nicht durch das Sperren von Hetzern bei, sondern es ginge dann darum, solche Plattformen demokratisch zu kontrollieren, sie gesellschaftlicher Regulierung zu unterwerfen.

In Europa ist augenfällig, dass sich autoritäre Dynamiken gehäuft in postsozialistischen Ländern zeigen. Gibt es ein autoritäres Echo der Vergangenheit? Oder hat das eher etwas mit dem Transformationsprozess nach dem Scheitern des autoritären Sozialismus zu tun?

In der Rede vom autoritären Echo steckt etwas Kulturalistisches, eine diffamierende Stoßrichtung: «Die können Demokratie nicht so gut wie wir, weil sie es nie richtig kennengelernt haben.» Das wird im Übrigen auch gegenüber Gesellschaften außerhalb Europas oft so gesagt. Aber dabei gerät aus dem Blick, dass zum Beispiel Deutschland nach 1945 so ziemlich der letzte Kandidat für eine funktionierende Demokratie war. Sie wurde in der Bundesrepublik trotzdem eingerichtet. Mit einem sehr visionären Grundgesetz. Möglich wurde dies nicht, weil die Menschen hier so eine demokratische Gesinnung hatten. Im Gegenteil. Es waren welthistorische Konstellationen, die die Demokratisierung haben möglich werden lassen. Übertragen auf die postsozialistischen Länder, lenkt das den Blick auf die offenbar

schlechteren Ausgangsbedingungen für die notwendigen demokratischen Kompromisse. Vor allem die ökonomische Schocktherapie in den 1990ern hat sich als komplette Fehlpolitik erwiesen.

Autoritarismus, Nationalismus, Postdemokratie, Entdemokratisierung, Illiberalisierung, Faschismus ... Was raten Sie den progressiven Kräften in der gegenwärtigen Situation?

Im Fall der Fälle müssen die demokratischen Institutionen, die es gibt, verteidigt werden. Dafür braucht es dann eine nüchterne Abwägung, welche kurzfristigen strategischen Allianzen zu schmieden sind. Eine schwierige Balance. Wir sollten uns aber nichts vormachen und bereit sein, auch negative, pessimistische Szenarien zu denken. Gleichzeitig sollten wir uns nicht lähmen lassen, denn der Drang, sich nicht entmündigen und beherrschen zu lassen und ein gutes Leben zu führen, scheint mir universal.

Von Wolfram Schaffar erscheint im Sommer 2019 die Studie «Globalisierung des Autoritarismus. Tendenzen der weltweiten Krise der Demokratie» bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Aufstieg des Globalen Autoritarismus:

19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten

(Von Mario Candeias)

Es ist die Zeit der Monster. In der organischen Krise des alten neoliberalen Projekts der Globalisierung erleben wir fast überall in Europa, aber auch in den USA, Lateinamerika, Asien und Afrika den Aufstieg einer autoritären und radikalen Rechten. Die Monster sind jedoch recht unterschiedlich: Da gibt es „starke Männer“ wie Trump, Kurz, Duterte oder auch Macron, politische Unternehmer*innen, die aus der Regierung heraus, einen neuen Autoritarismus prägen. Gemein ist ihnen allen ein Diskurs des Anti-Establishments von „oben“, gestützt auf mächtige Kapitalfraktionen. Davon abzugrenzen wären die autoritär-nationalistischen Regime in Polen oder Ungarn oder auch religiös-nationalistische wie in der Türkei oder Indien. Diese wiederum sind abzugrenzen von einer radikalen Rechten wie dem Front National in Frankreich, der PVV von Geert Wilders oder der AfD in Deutschland, der – aus der Regierung agierenden – FPÖ in Österreich oder nun der Lega in Italien. Ganz anders wieder die Fünf-Sterne-Bewegung Italiens. Wieder anders die Militärregierungen in Thailand oder sich auf das Militär stützende Regierungen wie in Brasilien unter Bolsonaro. Die Liste der Beispiele wäre fortzusetzen. Die autoritäre und radikale Rechte ist vielfältig. Sonderfälle sind die großen Mächte China und Russland, die hier nicht behandelt werden können. Nun, wie lässt sich der Aufstieg der radikalen Rechten begreifen? Dazu einige (Forschungs-)Thesen, die nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend aus Analysen

zu den USA und Europa gespeist und nur vorsichtig und fragend auf andere Länder zu übertragen sind. ^[1]

1. *Nichts gemeinsam?*: Die Frage ist nicht, ob es einen globalen Autoritarismus gibt oder nicht. Der Gegenstand ist komplex und heterogen, hoch dynamisch und entzieht sich eindeutigen Erklärungen oder gar Definitionen. Dennoch wäre es unzureichend, nur von einem Nebeneinander ganz unzusammenhängender spezifischer Einzelfälle auszugehen. Sind die Ultra-Liberalen (Österreich), die Rassisten (Italien), die sozialen Nationalisten (Polen, teilw. Ungarn), die Hyper-Autoritären (Türkei), die für Ordnung sorgenden Militärs (Ägypten und Thailand), die demokratisch-ummantelte Militärregierung (Brasilien), die Regierung im Ausnahmezustand (Äthiopien ohne Opposition im Parlament, evtl. Frankreich?), die religiös-nationalistischen Regierungen (Indien) alles unterschiedliche Fälle, die sonst nichts gemein haben? Vielmehr wäre zu klären, was das jeweils *Spezifische* und was das *Übergreifende* ist, als Grundlage für vorsichtige Verallgemeinerung.

2. *Warum jetzt?*: Natürlich gab es immer schon Formen autoritärer Herrschaft (vgl. etwa Marx im 18. Brumaire), die auch von der Linken reich theoretisiert wurde. Autoritarismus ist kein neues Phänomen, es gab ihn immer. Zu fragen ist deshalb, welches die spezifischen Bedingungen sind, die ihm heute global soziale *Bedeutung* und historische *Wirksamkeit* verleihen. Warum konnte er *gerade jetzt* so bedeutsam werden?

3. *Krise*: Zentral ist dabei das Zusammenfallen von *organischer Krise* eines spezifischen globalen Vergesellschaftungsmodus (der sogenannten neoliberalen Globalisierung) und der Entstehung von Autoritarismen im Interregnum als spezifische Bearbeitungsformen der Krise und zur Rückgewinnung/Sicherung von Herrschaft. Zur Differen-

zierung stellt sich dabei die Frage nach der jeweiligen *Stellung in den globalen Verwertungsstrukturen*, nach den Entwicklungen von Kapital-Akkumulation bzw. den globalen Schwierigkeiten der Kapitalverwertung – die jeweilige Stellung einer Ökonomie (und ihrer Krise) gibt Hinweise auf spezifische Ursachen und Zusammenhänge bestimmter Formen des Autoritarismus in einem betreffenden Land bzw. auf einen Typus von Herrschaftsformen.

4. *Vertane Chancen*: Eine wichtige Ursache für den Aufstieg der autoritären und radikalen Rechten ist die *Begrenzung sozialdemokratischer Projekte*: a) post-neoliberaler Form, also der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, bei sehr begrenzter Demokratisierung, vor allem aber ohne Umbau der Basis von Produktion und Reproduktion (von Venezuela bis Brasilien), b) progressiv-neoliberaler Form, also der Gewährung von (begrenzten) Freiheitsrechten und emanzipatorischen Fortschritten ohne Eingriff in den rasanten Umbau der ökonomischen Struktur und ohne Umverteilung nach unten (Sozialdemokratie, Linksliberale und teilweise Christdemokratie im Norden). Die Enttäuschung über die Sozialdemokratie bzw. die postneoliberale Linke, aber auch die Wirkungslosigkeit und Erschöpfung radikaler Aufbrüche (diverse Befreiungsbewegungen) und verlorene Revolutionen (Nordafrika) führen vielerorts zur Abwendung mancher Teile der Subalternen hin zu den Rechten, noch häufiger jedoch zu einer *klassenpolitischen asymmetrischen Demobilisierung* und Wahlenthaltung (sofern Wahlen noch stattfinden).

5. *Reorganisierung der Herrschaft*: Hilfreich ist bei der Analyse, den Autoritarismus nicht einfach als Rückgewinnung oder Sicherung von Macht im Moment der Krise zu betrachten, sondern als Kampf um die *Neuzusammensetzung und Führung des herrschenden Machtblocks*. Daher auch Anti-Establishment-Diskurse gegen die etablier-

ten bürgerlichen Eliten. Deshalb ist auch ein Autoritarismus, wie er etwa von den europäischen Institutionen vorangetrieben wurde, etwas anderes, als der (vermeintlich) anti-elitäre Autoritarismus der radikalen Rechten. Angesichts krisenhafter Entwicklungen, einer Veränderung der Klassenstruktur und der Krise der Repräsentation sind zahlreiche politische (Parteien-)Systeme im Umbruch. Die autoritäre und radikale Rechte profitiert dabei von einer zunächst links artikulierten Haltung des „sie repräsentieren uns nicht“. Zu untersuchen wäre: Wer sind jeweils die Träger, gesellschaftlichen Gruppen und Klassenfraktionen des neuen Autoritarismus (in den jeweiligen Ländern und transnational)?

6. *Wer sind die Träger?*: Mit Blick auf die Klassenbasis des neuen Autoritarismus ist die These der Bedeutung der „Zwischenklassen“ (Balibar) zu prüfen, der relativ auf- bzw. absteigenden Klassenfraktionen, die sich in ein solches Projekt einschreiben. Wenn es zutrifft, dass die radikal rechte und „rassistische Ideologie im Wesentlichen eine Ideologie der Zwischenklassen ist“, nicht nur im Sinne relativ ab- oder aufsteigender Klassensegmente, sondern in Verbindung mit „einer aktiven Negation der Klassensolidarität“ (Balibar/Wallerstein 1990, 263), wird auch die radikale Rechte (oder bspw. die AfD im Speziellen) als *übergreifendes Klassenbündnis* verständlich: von absteigenden Teilen der Lohnabhängigen, vom Abstieg bedrohter Teile des ins Kleinbürgertum gewechselter Facharbeiter*innen (die ihr Eigenheim und erreichtes Konsumniveau verteidigen), von aufsteigenden Leistungsindividualist*innen, durch Globalisierung unter Druck stehender mittelständischer Unternehmerfamilien, durch Umbrüche in der Produktionsweise etwa durch Digitalisierung oder durch die ökologische Krise bedrohte (fossilistische) Industrien, ja auch jener bürgerlichen Intellektuellen, die eine mangelnde Anerkennung und Marginalisierung ihrer Positionen erfahren haben (von Professor von

Lucke bis zu Gauland) oder auch in demokratischen Gemeinwesen in ihrer Bedeutung geminderter Militärs und Mitglieder der repressiven Staatsapparate (Polizei und Verfassungsschutz). Bei den absteigenden Klassenfraktionen kann sogar von einem Übergang von der Verunsicherung hin zur manifesten bzw. drohender Deklassierung gesprochen werden. Um welche auf- oder absteigenden Zwischenklassen ginge es in Brasilien, Indien oder auf den Philippinen?

Was tun die Rechten und wie?

Gibt es einen gemeinsamen ideologischen Kern oder handelt es sich nur um eine Methodik der Regierung? Mithin geht es mir hier nur um den Autoritarismus einer autoritären und radikalen Rechten – nicht um linke oder andere Autoritarismen, die anders strukturiert sind. Der Begriff des Faschismus (so etwa Walden Bello) ist sicher zu groß, voll entfaltete faschistische Regime sind wahrscheinlich noch nicht zu erkennen. Dennoch muss man seit einigen Jahren von zunehmenden Tendenzen der *Faschisierung* ausgehen. Elemente sind:

7. *Populismus*: Das strategische Aufgreifen und Verstärken einer jeweils spezifischen Kombination von antiliberalen, antimuslimischen (hier bei uns, andernorts gegen andere religiöse Minderheiten), antifeministischen, homophoben, anti-ökologischen und gegen weitere Minderheiten (der „umgekehrte Regenbogen“, wie es in Brasilien hieß) gerichteten – und auch explizit rassistischen – Positionen ermöglichten es der autoritären und radikalen Rechten *entgegen* ihrer Klassenzusammensetzung auch Missstimmung ‚von unten‘ in populäre Zustimmung zu verwandeln (vgl. Hall 1982, 114). Generell geht es um gruppenbezogene Abwertung – bis hin zur (erst diskursiven und dann realen) Entrechtung.

8. *Gegen „das Andere“*: Es geht dabei immer um eine spezifische *Verbindung* von neuen Formen des *Klassismus*, *Rassismus* und des *Machismus/Patriarchalismus*, gegen *das Andere*, „Faule und Arme“, „die gefährlichen Klassen“, „Asylanten und Ausländer“, „Emanzen und Genderwahn“ etc. (Ausnahme Duterte mit seiner pro-LGBT-Haltung). Als ob die chauvinistische Rechte noch einmal bestätigen wollte, wie bedeutsam ein Verständnis von *Class, Race and Gender* ist.

9. *Akkumuliert, akkumuliert*: Mit Macht wird gegen alle oppositionellen und emanzipatorischen Kräfte vorgegangen, dabei immer gezielt gegen den „Kollektivismus“ und „Liberalismus“, also gegen kollektive wie individuelle soziale Rechte. Dies richtet sich insbesondere gegen Gewerkschaften und Arbeitsrechte zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse von Kapital und Arbeit, sowie auch gegen gemeinschaftliche Landrechte, Commons, gegen das Öffentliche – zur Enteignung gesellschaftlicher Ressourcen. Minderheitenrechte, Frauenrechte, Gewerkschaftsrechte werden von der autoritären und radikalen Rechten als erste angegriffen. Der Angriff auf Gewerkschafts- und Arbeitsrechte ist dabei auch eine sich durchziehende polit-ökonomische Komponente der autoritären und radikalen Rechten, quer zu ihren sonstigen Differenzierungen (Ausnahme evtl. Polen). Insgesamt geht es um die *Beseitigung von Hindernissen der Kapitalakkumulation* in ihrer schärfsten Form (von Extreme Energy und verschärfter Ökonomie der Enteignung über Rieseninfrastrukturen bis hin zur klassischen Erhöhung der Ausbeutungsraten und Auspressung aller gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen).

10. *„Wird man doch mal sagen dürfen“*: Der Angriff richtet sich meist auch gegen eine vermeintliche linke, liberale „Elite“, „verkommene 68er“ etc. Eng damit verbunden ist der Kampf gegen „Political

Correctness“ als *Relativierung von Wahrheit*. Dabei werden auch fake-news und Verschwörungstheorien eingesetzt, es gebe eben ganz viele Wahrheiten, deshalb sei der demokratische Anspruch des Ringens um die Wahrheit abzulehnen. Daher der Kampf gegen die Presse(freiheit), gegen die Aufklärung und Wissenschaft(sfreiheit) – aber auch gegen eine unabhängige Justiz, als Ausdruck einer kodifizierten Form von Wahrheitssätzen. Häufig ist dies verbunden mit einem großen Geschichtsrevisionismus (insbesondere in Osteuropa, aber auch Brasilien oder der Türkei). Ergebnis ist eine – mit gezielt inszenierten „Tabu-Brüchen“ – *Erweiterung des Raumes des Sagbaren*.

11. *Vom Reden zur Gewalt*: Die autoritäre und radikale Rechte hegt eine offene Gegnerschaft zu Parlamentarismus und Parteien, die demokratische Verfahren verunglimpft und das Parlament nur (voller Missachtung) als Bühne nutzt. Der Anspruch führt jedoch weiter, richtet sich gegen eine demokratische und solidarische Lebensweise auch im Alltag – denn die Erweiterung des Sagbaren führt unmittelbar zur *Erweiterung des Raumes des Handels*, von Hassäußerungen auf Social Media und im Alltag bis hin zu Gewalttaten (von ‚unten‘) und schließlich offener Repression (von ‚oben‘).

12. *Das Arsenal der Monster*: Die Anrufung einer jeweils spezifischen *Kombination* folgender Ideologeme konstituiert ihr jeweiliges politisches Projekt: Nationalismus, Volk (in der völkischen, weniger der popularen Form) und/oder Rasse, traditionelle Familie, Religion, traditionelle Formen der Identität, aber auch der Arbeit, Pflicht, Ordnung, negative Freiheit. Der neue Autoritarismus kann als Bemühen gelesen werden, „ein Bündnis von oben her mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste. Er funktioniert wie eine Art Kurzschluss zwischen Kräften der Bourgeoise und den Sub-

alternen“ (Demirović 2018, 34). Dabei kommt es nicht zu einer Ablehnung, sondern zu ihrer reaktionären Umarbeitung – was Victor Orban ‚illiberale Demokratie‘ nennt –, „eine plebiszitäre Strategie, die entlang rassistischer, nationalistischer, religiöser, sexistischer oder naturausbeuterischer Linien spaltet und mobilisiert, den bizarren Alltagsverstand reproduziert und die Subjekte neurotisiert“ (ebd.). Diese Arte der Mobilisierung ist mit einer Art imaginierten Ermächtigung der Subalternen verbunden. Sie operiert angesichts der verbreiteten Ohnmachtserfahrungen mit dem Versprechen einer Rückgewinnung der ‚Kontrolle‘ gegen und der ‚Sicherheit‘ vor der äußeren und inneren Bedrohung. Sind die verschiedenen Elemente einmal in dieser Weise artikuliert und verknüpft, ist es ungleich schwieriger sie wieder zu lösen.

13. *Oh Gott*: Unterschätzt wurde vielfach die Rolle der politischen Religion: die Evangelikalen (USA/Brasilien), die islamischen oder Hindu-Fundamentalisten (Türkei/Indien), die Katholische Kirche (Polen). Die Wiederkehr des Verdrängten gilt es genauer in den Blick zu nehmen, um zu klären, welche unabgegoltenen Bedürfnisse und Sehnsüchte hier mobilisiert werden (vgl. *LuXemburg* 2/2014).

14. *Diskursmächtig*: Es gelingt der autoritären und radikalen Rechten dabei, Diskurse wirksam auf den Kopf zu stellen. So bringen sie mit Macht die soziale Frage zurück auf die politische Agenda, als *exklusive Solidarität* nur für Deutsche, Brazilianer, Hindus etc., greifen dabei aber gezielt Gewerkschaften (kollektive Rechte) und soziale/Arbeitsrechte an. Oder sie konstruieren einen *umgekehrten, rechten Regenbogen*: gegen lila, rosa, grün und bunt – als Widerstand gegen die „moralisierende Umerziehung“ durch die 68er, die ja real an viele der Machtpositionen in Politik, Erziehungswesen, Medien, Universitäten, NGOs gekommen waren. Sie zielen dabei auf *Spaltung der Subalter-*

nen, restriktive Handlungsfähigkeit für einzelne Gruppen von Subalternen und ihre *reaktionäre Selbstermächtigung* (vgl. Candeias 2018). Hier droht der Übergang zu einer offen gewaltförmigen und faschistischen Kultur.

15. *Hegemonie oder Diktatur*: In den Punkten 3–6 oder 12 wurde bereits auf Momente der Differenzierung hingewiesen. Ein weiterer Punkt wäre folgende Frage: Zielt ein spezifisches Regime auf ein *hegemoniales Projekt*, welches (populistisch) auch auf den Konsens der Beherrschten setzt, oder auf eine brutale *Diktatur* einer Minderheit über die Mehrheit (inklusive Übergängen und Grauzonen)? Dies würde etwa erklären, ob z.B. gewisse soziale Konzessionen vorgenommen werden oder eine ultra-liberale Wirtschaftspolitik verfolgt wird, ob eine Modernisierung zur Schaffung von Möglichkeiten erweiterter Akkumulation (mit den fortgeschrittenen Kapitalfraktionen) angestrebt wird oder nur eine kleptokratische Umverteilung und Aneignung (mit den rückständigen oder rücksichtslosen Kapitalfraktionen). Dies gäbe auch *Hinweise auf die wahrscheinliche Beständigkeit* eines Regimes – ein gelingendes autoritäres Hegemonieprojekt wäre vielleicht weniger brutal als eine kleptokratische Gewaltherrschaft, aber auch wesentlich langlebiger, mit tiefgreifenderen strukturellen Umbauten verbunden.

16. *Rebellische Aufbrüche*: Die Halbwertszeit autoritärer Regime hängt natürlich auch ab von Widerstand und Neuformierung emanzipativer Projekte. Kurzfristig ist die autoritäre und radikale Rechte kaum zurückzudrängen. Zunächst ist daran zu erinnern, dass die politischen Umwälzungen in Folge der großen Krise etwa um 2011 (schon deutlich früher in Lateinamerika) zunächst ein hoffnungsvoller Aufbruch aufseiten der Linken war, transnational. Doch jeder dieser Versuche stieß an die Mauern solider Institutionen der Herrschaft

und/oder der Transnationalisierung von Kapital. Erstaunlich ist weniger die Niederlage zahlreicher Protestbewegungen und neuer linker Parteien gegenüber dem neuen Autoritarismus der Herrschenden als vielmehr, dass an unterschiedlichen Stellen die Dynamik neuer Mobilisierungen immer wieder aufbricht. In vielen Ländern formieren sich wieder starke Gegenbewegungen, teilweise auch transnational, oft deutlich radikalisiert.

17. Global gegen Austerität und Autoritarismus: Eine der sichtbarsten Gegenbewegung zur autoritären und radikalen Rechten, gegen Autoritarismus und Austerität ist eine im Entstehen begriffene neue feministische Internationale. Sie entwickelt sich transeuropäisch, quer durch Europa wenn auch in unterschiedlicher lokaler Ausprägung, international – insbesondere in den USA und Lateinamerika, Indien –, und sie hat ein hohes Potenzial für linke Organisation (vgl. Wischnewski/Wolter 2019). So beteiligten sich etwa am Frauenstreik in Spanien 2018 mehr als sechs Millionen Menschen und dieses Jahr auch gezielt gegen die radikale Rechte. Auch in Polen gingen zur Verteidigung von Frauenrechten, wie das Recht auf Abtreibung, in den vergangenen Jahren Hunderttausende auf die Straße. In Indien streikten und protestierten gar 200 Millionen Frauen – der größte Streik aller Zeiten. Lasst uns viele solcher neuen Internationalen bilden. Die Erfahrungen zu teilen, die Sichtbarkeit zu erhöhen, Solidarität zu erfahren, ganz praktisch, stärkt insbesondere jene, die in den „shrinking spaces“ eines autoritär und gewaltförmig geprägten Alltages politisch arbeiten und überleben müssen.

18. An den Bedürfnissen ansetzen: Die Ansatzpunkte sind vielfältig, aber konkret, ob Mietenfrage, Frauenrechte, ökologische Frage oder gegen die Rechte, sie verbinden Massenmobilisierung mit alltäglicher Organisation vor Ort und dem Aufbau solidarischer und politi-

scher Strukturen. Das muss sichtbarer gemacht werden. Wir reden viel über die autoritäre und radikale Rechte, dies ist auch nötig, aber wir reden wenig über linke und emanzipative Potenziale. Lassen wir uns durch einseitige Perspektiven nicht selbst entmächtigen. Eine Geschichte 'von unten' kann dies verdeutlichen, Möglichkeiten zur Handlungsfähigkeit aufzeigen. Gegen rechts sind Slogans oder Bekenntnisse letztlich zu wenig, es braucht eine *Praxis*, die Schule macht.

19. *Jetzt!:* Wir stehen vor einer Entscheidungssituation: angesichts der Verdichtung von globaler Ungleichheit, ökologischer Krise, Migrationsbewegungen, globalem Autoritarismus und Faschisierung ist der „Mittelweg“ post-ideologischer Offenheit und links-liberaler Kritik nicht mehr gangbar. Kräfte, die sich für den Erhalt liberaler, bürgerlicher Freiheiten und minimaler Standards solidarischer Lebensweisen einsetzen wollen, müssen Partei ergreifen gegen Autoritarismus *und* Neoliberalismus, d.h. auch für einen radikaleren Kurs, nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen die neoliberalen Politiken, die uns dorthin geführt haben. Jetzt ist der Moment der Entscheidung, in einer Phase in der noch unterschiedliche Möglichkeiten offen sind, sich aber bereits zu schließen beginnen.

Literatur

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel, 1990: Klasse, Rasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin.

Candeias, Mario, 2015: Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden linken Partei, in: ders. (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung Materialien 12, Berlin, 55–73, www.rosalux.de/publikation/id/8340/rechtspopulismus-in-europa/

Ders. (Hg.), 2018: Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung Materialien 24, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/

Demirović, Alex, 2018: Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: PROKLA 190, 27–42

Garcia, Anna, 2019: Der Aufstieg Bolsonaros. Erfolgsbedingungen und Perspektiven der Rechtsregierung, in: LuXemburg Online, Mai, www.zeitschrift-luxemburg.de/brasilien-unter-bolsonarosoziale-basis-agenda-und-widerspruechliche-perspektiven/

Hall, Stuart, 1980: ›Rasse‹, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante, in: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Hamburg, 89–136

Ders., 1982: Popular-demokratischer und autoritärer Populismus, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderheft 78, Berlin, 104–124

LuXemburg 2/2014: Oh Gott, www.zeitschrift-luxemburg.de/oh-gott-luxemburg-22014-zu-politischer-religion/

Schaffar, Wolfram, 2019: »Wir sollten uns nichts vormachen! « Interview über autoritäre Entwicklungen, die Krise der Demokratie und den Zusammenhang von kritischer Analyse und politischer Veränderung, in: maldekstra, 2. Juli, www.rosalux.de/news/id/40622/wir-sollten-uns-nichts-vormachen/

Anmerkung

[1] Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dazu ein globales Post-doc-Programm aufgesetzt. siehe dazu: www.rosalux.de/en/advertisement/id/40544/call-for-applications/.

Café Sabot

KAFFEE UND KUCHEN

DISKUSSIONSTEXT

GEFANGENEN-SCHREIBECKE

INFOTISCH

KINDERECKE

RAUCHFREI

Kommt vorbei zu Kaffee und Kuchen, durchsucht den Infotisch nach interessanten Texten oder diskutiert den monatlich wechselnden Diskussionstext mit uns. Den aktuellen Text findet ihr auf unserer Website. Außerdem wird es ein Schreibecke geben, wo ihr Postkarten und Briefe an Gefangene schreiben könnt.



IMMER AM 2. SONNTAG IM MONAT

VON 14 BIS 18 UHR

WO?

STADTTEILLADEN "LUNTE"

WEISESTR. 53

U-BHF BODDINSTRASSE

MEHR INFOS AUF:

WWW. **SABOT**[★]₄₄.ORG